



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 84831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/9 - 12. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Es geht ums Ganze  
Zum sowjetischen Vorschlag eines Friedensvertrages -  
beim Nein darf es nicht bleiben!

63

3 - 4

Vorwahlgeplänkel in Österreich  
Von unserem Korrespondenten Karl Franta, Wien

69

5

Die Angst vor dem Spitzel  
Nebenwirkungen überdrehter Propaganda

50

6 - 7

"Ich habe Hiroshima gesehen"  
Aus neuen Büchern:  
Atomare Versuche beeinflussen das Wetter!

64

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Es geht ums Ganze

sp - Der sowjetische Vorschlag eines Friedensvertrages für Deutschland kommt nicht unerwartet, er ist die Antwort auf die Berlin-Noten der drei Westmächte und der Bundesregierung. Während die Westmächte und die Bundesregierung in ihren umfangreichen Antworten sich in geschichtlichen Reminiszzenzen erschöpften, wechselte die Sowjetunion radikal die Thematik und schuf für internationale Verhandlungen neue Ausgangspeditionen.

Die sowjetischen Friedensvorschläge sind hart, sie sind, so wie sie dastehen, nicht zu akzeptieren. Aber bei diesem bloßen "Nein" darf es nicht bleiben. Die russische Note muß von allen für das deutsche Volk und für den Frieden der Welt verantwortlichen Politikern untersucht werden, welche Ansatzpunkte sie für konstruktive Verhandlungen bietet. Die Sowjetunion stellt in ihrer Dokumentation fest, die gegenseitigen Standpunkte seien absolut klargestellt. Wie lassen sich unvereinbare Standpunkte dennoch überwinden?

Die russische an die Vereinigten Staaten gerichtete Note gibt darauf selbst einen Hinweis. "Wenn die Westmächte es für zweckdienlich erachten", heißt es in der Note, "mit der Sowjetunion über den Inhalt des Friedensvertrages vor der Einberufung der Friedenskonferenz einen Meinungs austausch zu führen, würde die Sowjetunion dem zustimmen". Das heißt mit anderen Worten: die Verfasser des sowjetischen Friedensvertrages für Deutschland sind bereit, Vorschläge und Empfehlungen auch von westlicher Seite entgegenzunehmen, sie verleihen ihrem Vorstoß keinen ultimativen Charakter.

Hier sollte die westliche Politik einhaken. Die Sowjetunion hat für den Verhandlungsbeginn eine Frist von zwei Monaten vorgeschlagen. In dieser Zeit sollten Bonn und die Westmächte mit eigenen Gegenvorschlägen, die der Realität von 1959 entsprechen, aufwarten. Das gilt vor allem für die Frage des militärischen Status Deutschlands im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems. Ebenso müssen Bonn und die Westmächte eigene Gegenvorstellungen über die einzelnen Schritte zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands entwickeln, da weder eine isolierte Neutralisierung Deutschlands noch die Fortdauer der Spaltung Deutschlands auf der Basis der Konföderation annehmbar sind.

Die Zeit drängt. Niemand soll sich über den Ernst der durch die sowjetische Initiative entstandenen Situation täuschen. Mit den alten Rezepten der Vergangenheit kommt niemand weiter; sie haben sich als unfruchtbar erwiesen. Die deutsche Wiedervereinigung wird das Ergebnis eines langen, geduldigen und schmerzlichen Prozesses sein, der von allen Mitwirkenden politischen Mut, klare Erkenntnis der Realitäten und weitgehende Verhandlungsbereitschaft erfordert. Wenn man über einen Friedensvertrag spricht, muß man auch zur Diskussion bereit sein, in welcher Form die Wiedervereinigung sich vollziehen soll.

Die Sowjetunion hat in ihrem Vorstoß vom letzten Wochenende die Idee eines Friedensvertrages für Deutschland, die genau vor einem Jahr vom Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier in die Diskussion gebracht wurde, in die internationale Deutschland-Debatte hineingestellt. Es ist nun die Aufgabe von Bonn und den Westmächten, durch Eigeninitiative und Vorschläge die unausweichlichen Verhandlungen herbeizuführen. Vielleicht ist dies eine der letzten Chancen, die uns die Geschichte verleiht, mit der Liquidierung der Folgen des zweiten Weltkrieges fertig zu werden.

Vorwahlgeplänkel in Österreich

Von unserem Korrespondenten Karl Franta, Wien

Die für den Herbst anberaumten Parlamentswahlen werfen schon jetzt ihre Schatten voraus. Die beiden Regierungsparteien, ÖVP (Österreichische Volkspartei) und SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs), zwischen denen der eigentliche politische Kampf ausgetragen wird, streben bereits nach günstigen Ausgangspositionen. Obgleich durch eine gemeinsame Regierungspolitik verbunden, vertreten sie in vielen Belangen eine derart unterschiedliche Auffassung, daß man letzten Endes immer wieder Klarheit bei der Willensentscheidung des Wählers sucht. Trotz Fehlens einer eigentlichen Opposition ist damit der demokratische Charakter der Republik gewahrt, und zwar nicht zuletzt durch die Tatsache, daß die SPÖ die keineswegs leichte Aufgabe auf sich genommen hat, als zweitstärkste Partei gleichzeitig für die Regierungspolitik mitverantwortlich zu sein und gegen allzu reaktionäre Tendenzen der anderen Regierungspartei kräftig Opposition zu treiben.

Diese Doppelfunktion der SPÖ als Regierungspartei und als eine "das Ärgste verhindernde" Oppositionspartei wird von der ÖVP mit Entrüstung quittiert. Die SPÖ zeige, so wird erklärt, ein "Janusgesicht" und "sabotiert einvernehmlich festgelegte Ziele". Erst kürzlich bescheinigte das ÖVP-Zentralorgan, das "Kleine Volksblatt", der SPÖ, sie habe "die Koalitionsvereinbarung noch keinen Tag lang unter Beweis gestellt". Mit anderen Worten: sie hat noch keinen Tag lang die ÖVP schalten und walten lassen wie sie es wollte. Dafür aber wissen der SPÖ alle einsichtsvollen Österreicher den aufrichtigsten Dank.

In einer jüngst veröffentlichten parteioffiziellen Erklärung verlangt nun die ÖVP eine "klare Entscheidung" sowohl von der SPÖ als auch zu gegebener Zeit von den Wählern. Ihre Leitbilder sind dabei die beiden Totengräber der ersten Republik, Dr. Ignaz Seipel und Dr. Engelbert Dollfuß, die ÖVP-Obmann Julius Raab, 67, als große Österreicher feierte, und ihr hehres Vorbild ist der über eine absolute Mehrheit im westdeutschen Bundestag verfügende Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. In der erwähnten Erklärung erinnert die ÖVP daran, daß ihr auf Grund der letzten Nationalratswahlen vom 13. Mai 1956 zweiundachtzig von den insgesamt eihundertfünfundsechzig Mandaten zugefallen sind. Es fehlt ihr also nur ein einziges Mandat auf die absolute Mehrheit - und darum geht es bei den nächsten Wahlen.

Für den bevorstehenden Wahlkampf aber braucht man natürlich wieder Geld und gute Worte, zumal die guten Taten meist nur den Auserwählten der Geldsack-Aristokratie zugute gekommen sind. Da einem bei solcher Mentalität nicht einmal gute Worte einfallen, hat man einfach bei der SPÖ, wie auch oft schon in anderen Fällen, eine geistige Anleihe gemacht. Der SPÖ-Parteitag vom Mai 1958 hatte als Parolen des politischen Kampfes der Sozialisten die Begriffe "Freiheit, Sicherheit, soziale Gerechtigkeit" in den Vordergrund gestellt. Zum Jahreswechsel wurden diese Begriffe neuerlich "zu Leitlinien des Wirkens der Sozialisten" erhoben. Die ÖVP ersetzte nun - zuerst auf ihrem Parteitag im November und jetzt zum Jahreswechsel - einfach den ihr ohnehin suspekten Begriff "soziale Gerechtigkeit" durch das Schlagwort "Wohlstand" und zieht nun in den kommenden Wahlkampf mit dem Slogan-Plagiat "Freiheit, Wohlstand, Sicherheit".

Was jedoch den gefeierten Wohlstand anbelangt, scheint die ÖVP-Parteikasse dessen noch nicht genügend teilhaftig geworden zu sein. Die Korruptionspraxis des Wiener ÖVP-Parteiobermannes und Sportfliegers Fritz Polcar, 50, ist nämlich im Vorjahr auf- und er selbst (nach wochenlangen Tugendkämpfen innerhalb der ÖVP) hinausgeflogen. In ihrer durch diesen Skandal geläuterten Auffassung strebte die ÖVP nach "Sauberei" und gründete dazu unter dem populären Namen ihres als Mensch völlig untadeligen Parteiobermannes einen eigenen zentralen Korruptionsfonds mit der Bezeichnung "Julius-Raab-Fonds". Auch in dieser Beziehung hatte man brav von Adenauer gelernt. Wer in Zukunft als Unternehmer staatliche Aufträge braucht, wird den von Bundeskanzler persönlich verwalteten Parteispendenfonds einen gewichtigen Obulus kaum vorenthalten können. Parteiinterner Zweck dieses Fonds war es nebenbei auch, der skandalumwitterten ÖVP-Korruption auf Landesebene, wie vor allem in Wien, den Boden zu entziehen. Die häufig rebellierenden Wiener Parteifreunde aber haben vor einigen Tagen dem Bundesparteiobermann Raab, wenige Stunden vor seinem Abflug nach Japan, einen Strich durch dieses Konzept gemacht: Sie gründeten einen eigenen "Fördererklub", der in der bisherigen entgegenkommenden Art kapitalkräftige Spender zugunsten der Wiener Landesorganisation der ÖVP bei Gebelauere halten soll.

### Die Angst vor dem Spitzel

ok - Der Kalte Krieg, die Pankower Reisebeschränkungen, die tatsächliche Infiltration kommunistischer Agenten in die Bundesrepublik und dementsprechende Alarmmeldungen haben uns was Übles eingebracht: die Spitzelfurcht.

"Haben Sie schon gehört? Meiers haben wieder Besuch aus der Zone. Da stimmt doch was nicht. Wo die Leute drüben doch keine Reiseerlaubnis mehr kriegen ..." Reden solcher Art gibt es heute in erschreckendem Ausmaß. Bringen die Besucher von drüben gar noch ein paar Geschenke mit und hört der Nachbar Krause beim Dämmerstopp mit den Meiers, zu dem sie ihren Besuch mitnehmen, wie der unbefangene von der "BGL" (Betriebsgewerkschaftsleitung), einer "Prämie für Übersoll" und der in seiner Heimatstadt erfolgten Gründung einer "HPG" (Handwerkerproduktionsgenossenschaft) spricht, ohne im gleichen Atemzuge deftige Schimpfkennungen gegen die Kommunisten loszulassen, dann ist das Urteil oft schnell fertig. Die Skala der Unterstellungen reicht von "Wieder so ein Bolschewik" bis zum "Na sicher, ein Spitzel".

Natürlich ist das nicht die Regel. Aber die Tatsache, daß heute viele Bundesbürger Besuchern aus der Zone mißtrauisch gegenüberstehen, ist nicht aus der Welt zu schaffen. Wir haben allen Grund, uns über diese Entwicklung Sorgen zu machen. Nicht nur Deutschland ist geteilt - auch die Menschen beginnen sich zu entfremden. Darüber hilft keine schöne Phrase von der "Verbundenheit mit den Brüdern und Schwestern in der Zone" hinweg.

Ist der mitteldeutsche Besucher verdächtig, der mit einer ordentlichen Reisegegenehmigung kommt, ein paar bescheidene Präsente mitbringt und sich gewisser Worte bedient, die wir hier nicht kennen? Nun, die Zeiten einer "hungerrden Ostzone" sind vorbei. Die Mitteldeutschen leben, nach fast vierzehnjähriger kommunistischer Herrschaft, in einer anderen Welt, haben andere Lebensbedingungen und nennen sie mit anderen Namen. Und die reduzierten Reisegegenehmigungen? Freilich ist es richtig, daß hier und da neunzig Prozent der Reiseanträge abgelehnt worden sind. Aber das ist nicht unterschiedslos überall so in der Zone. Mancher alten Rentnerin wird der Reiseantrag abgelehnt - aber dem Facharbeiter läßt man fahren, um ihn bei guter Laune zu erhalten. Staats- und Parteifunktionäre läßt man - hat nicht der eine oder andere einen speziellen Auftrag zu erfüllen - am allerwenigsten reisen, viele grundsätzlich gar nicht.

Der Reiseverkehr ist empfindlich zurückgegangen, aber nicht in dem Maße, wie manche glauben. Am Grenzbahnhof Helmstedt wurden im letzten Jahr 1 030 000 Reisende gezählt - 1957 waren es noch 1 750 000. Gewiß, ein böser Unterschied, über den auch nicht die erfreulichen Meldungen der Weihnachtszeit hinwegtrösten können, wonach die Interzonenzüge wieder einmal überfüllt waren. Aber andererseits ist es nun wirklich nicht so, als dürften heute nur noch Agenten oder linientreue Funktionäre Pankows zu Besuch in die Bundesrepublik fahren.

Bei aller notwendigen Wachsamkeit vor suspekten Zonenbesuchern: Hüten wir uns vor einem törichtem Spitzelkomplex! Schlimm genug, daß den die Zonenbehörden im krankhaften Ausmaß haben und ihn auf große Kreise der Bevölkerung ausstrahlen, ihr eine Agentenpsychose oktroyieren. Wir dürfen es nicht auch so machen.

"Ich habe Hiroshima gesehen"

Der Schweizer Journalist Ternand Gigon ist dreimal in Japan gewesen, um an Ort und Stelle die Auswirkungen der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zu studieren. Das Ergebnis seiner Reisen legt er jetzt in einem wertvollen Buche "Ich habe Hiroshima gesehen" (Kindler-Verlag, München) nieder. Dabei kommen vielfach ganz neue erschütternde Tatsachen und interessante Beobachtungen zutage. Mit Erlaubnis des Verlages drucken wir folgende Stelle über japanische Wettererfahrungen ab:

"Professor Arakawa Hidetochi, Leiter der Forschungsabteilung am Staatlichen Meteorologischen Institut, äußert sich sehr bestimmt über die künftige Entwicklung der Wetterverhältnisse und ihre Ungewissheit. Andere japanische Wissenschaftler sind reservierter und haben Bedenken, die Ergebnisse ihrer Forschungen zu veröffentlichen, wobei sie sich auf Staatsgeheimnisse oder auf die Gefahr politischer Verwicklungen berufen. Professor Hidetochi jedoch hat den Mut, seine Befürchtungen unumwunden zu äußern. Seine wissenschaftlichen Leistungen gelten als bahnbrechend. Er erklärte u.a.:

"Im Anschluß an amerikanische, sowjetrussische und englische Atomversuche wurden innerhalb eines bestimmten Gebietes klimatische Veränderungen festgestellt. Das deutet darauf hin, daß auch in einem weiteren Umkreis das Klima sich verändern kann.

Die Theorie der klimatischen Veränderungen läßt sich folgendermaßen formulieren: Bei der Explosion einer Wasserstoffbombe steigt die Asche bis in die Stratosphäre auf. Man hat sie in einer Höhe von 30 bis 40 Kilometern nachgewiesen. Die schwereren Bestandteile sinken ziemlich rasch herab und bilden dichte Wolken. Soweit aber diese Asche aus mikroskopisch kleinen Teilen besteht, vermag sie sich ein oder auch zwei Jahre lang in der Schwebelose zu halten. Diese schwerelosen Teilchen werfen die Sonnenstrahlen zurück und hindern sie daran, die Erde zu erreichen; damit fällt die Temperatur. Die Erfah-

rung hat es bewiesen. So sind beispielsweise im Jahre 1883, nach der großen Eruption des Vulkans Krakatau in Indonesien, und im Jahre 1912, nach dem Ausbruch des Katmai in Alaska, die Aschenteile bis in die Stratosphäre aufgestiegen. Die Asche des Jahres 1912 erreichte eine Höhe von zweiunddreißig Kilometern und verblieb annähernd zwei Jahre in der Luft. Die Ernten dieser Jahre waren schlecht. Die schlechteste Ernte, von der die japanische Geschichte berichtet, fiel in das Jahr 1783; damals brach der Vulkan Asalayama aus.

Was geschieht nun, wenn eine Wasserstoffbombe explodiert? Die Asche wird in eine Höhe von vierzig Kilometern geschleudert, also über die Troposphäre hinaus, in welcher wir leben und in der es zu Wolkenbildungen und zu Regengüssen kommt. Die schweren Bestandteile fallen aus der Stratosphäre zurück, sammeln sich zu Wolken und entfesseln radioaktive Regen- oder Schneefälle. Die leichteren Aschenteilchen verbleiben in der Stratosphäre und bilden eine Art dünnen Schleier, der die Sonnenstrahlen reflektiert und damit allmählich ein kälteres Klima hervorruft.

Vor rund dreißig Jahren wurde von einem amerikanischen Naturwissenschaftler eine Theorie aufgestellt, die folgendes besagt:

Wenn man 180 000 Kubikmeter Erde oder Asche in der Stratosphäre verteilt, wird die Erwärmung der Erde durch die Sonnenstrahlen um zwanzig Prozent verringert. Auf diese Weise haben die Naturwissenschaftler die Entstehung der Eiszeit erklärt. In der geschichtlichen Periode, die der Eiszeit voranging, waren zahlreiche Vulkane in Tätigkeit und schleuderten eine Riesermenge von Aschen- und Staubteilchen in die Atmosphäre empor. Dadurch verringerte sich die Erwärmung der Erde, und das Klima veränderte sich. Wenn man also die Wasserstoffbombenversuche unbegrenzt fortsetzt, läuft man Gefahr, eine neue Eiszeit heraufzubeschwören."

Aus "Das Gewissen"

\* + \*